

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Stadtblatt und Anzeiger).

Druckerei
Riefaer
Hofplatz Nr. 22
Postfach Nr. 22

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa beständig bestimmes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1592.
Strohkasse:
Riefa Nr. 22.

Nr. 6.

Freitag, 8. Januar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 22 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Große Letzter, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Geschäftsbedingungen: Riefa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Besprechungen mit den Vorkämpfern

Berlin, 8. Januar.

Wie wir erfahren, hat gestern abend der Reparationsausschuß des Reichskabinetts getagt, um die Konferenz von Lausanne vorzubereiten. Im Anschluß an seine Besprechung mit Adolf Hitler nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning an diesen Besprechungen teil. An sich liegen sie im großen Zuge der Resorvorarbeiten, die, wie wir berichtet haben, bereits seit einiger Zeit im Gange sind.

Die gestrige Beratung erhielt eine besondere Bedeutung dadurch, daß auch die drei Vorkämpfer, Dr. von Hoerschelmann, Dr. Neurath-London und Dr. von Schubert-Rom an ihr teilnahmen. Sie haben bei der Zusammenkunft zunächst Bericht erstattet und ein Bild davon gegeben, wie sich die Reparationsfrage von der Hauptstadt des Landes aus sieht, in dem sie das Deutsche Reich vertreten.

Vom deutschen Standpunkt aus kann in diesem Zusammenhang nur immer wieder betont werden, daß entgegen all dem Gemurmel von Gerüchten und Projekten, die in den letzten Tagen in der ausländischen Presse umgehen, nur die Endlösung als Ziel in Frage kommen kann.

Im Anschluß an die Sitzung des Reparationsausschusses hatte der Kanzler dann noch eine interne Besprechung mit den Vorkämpfern. Entgegen den bisherigen Dispositionen ist vereinbart, daß sie zunächst bis Sonnabend in Berlin bleiben. Am Sonnabend wird eine neue Sitzung stattfinden, an der sie ebenfalls teilnehmen werden.

Über den Besuch des amerikanischen Vorkämpfers Edge in Berlin und über die Verhandlungen, die anlässlich des „Diners“ zu Ehren des französischen Vorkämpfers Francois Boncet in der amerikanischen Botschaft stattfanden, sind von amtlicher deutscher Seite keine Verlautbarungen herausgegeben worden. Trotzdem ist der Besuch und die ihm folgenden Ereignisse, vor allem die Fühlungnahme zwischen Adolf Hitler, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister und die Berichtserstattung der deutschen Vorkämpfer in Paris, London und Rom über die Auffassung der dortigen Regierungen von ungemeinert Bedeutung. Die Wirkung auf die Berliner Regierungskreise macht sich nach unseren Informationen besonders in einer gewissen Wende der tatsächlichen Einstellung der Reichsregierung zum Kernproblem der vielumstrittenen „Reparations-Endlösung“ geltend. Während bisher die Reichsregierung hart an der Forderung einer sofortigen und endgültigen Streichung der Reparationen durch die Konferenz von Dachs teilnahm, neigt man jetzt mehr einem elastischen Vorgehen zu. Man sieht die Gefahr, in die man durch eine Isolierung bei der Reparationskonferenz zu geraten droht und sucht ihr durch eine größere Annäherung an den englischen und amerikanischen Standpunkt zu entgehen. Die französische These einer provisorischen Verlängerung des Young-Moratoriums „nicht über den 1. Juli 1934 hinaus“ erscheint zwar nach wie vor der Reichsregierung als unannehmbar. Man diskutiert aber bereits den englischen Vorschlag, die Entscheidung in Dachs nicht übers Anle zu brechen, sondern durch eine Erweiterung des Verhandlungszeitraums bis in den Herbst des laufenden Jahres hinein einem noch immer erhofften Endlösungskompromiß Rechnung zu tragen. Der tatsächliche Gedanke, der in diesem Zusammenhang neu aufgetaucht ist, lautet mit gewissen Varianten: Unterbrechung der Konferenz von Dachs in einem für eine derartige Unterbrechung günstigen Verhandlungsstadium und vorübergehende Überweisung der bis dahin herausgeschälten Hauptfragen zur Prüfung an Unterkommissionen. Selbstverständlich würde eine solche Unterbrechung eine zum mindesten kurzfristige Verlängerung des Young-Moratoriums über den 1. Juli hinaus bis zum 1. Oktober oder 31. Dezember 1932 zur Voraussetzung haben. Der politische Wert einer solchen „Dauerkonferenz“ wird in Berliner politischen Kreisen sehr verschieden beurteilt. Man betont, daß eine solche Hinübertragung nur dann einen Sinn hat, wenn vorher die Notwendigkeit einer noch in diesem Jahre zu findenden Endlösung von allen beteiligten Staaten, also auch von Frankreich, zugestanden wird. Man befürchtet aber, daß Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage eine solche Verlegung nicht verträglich und daß man der Gefahr eines neuen finanziellen Drucks Frankreichs auf sämtliche Verhandlungsmächte und eventuell einem „Umfall Englands“ ausgesetzt ist. Man bezeichnet deshalb den „Vertragungskompromiß“ als eine geiarne Fiktion der ausländischen Staatsmänner vor der Verantwortung, als Angst vor der eigenen Courage. Auf der anderen Seite sieht man die ersten Folgen einer neuerlichen Isolierung Deutschlands durch eine schroff ablehnende Haltung sehr klar. Ein außenpolitischer Widerstand auf Dachs und Dreden setzt eine innerpolitische Einheitsfront voraus, die vorläufig noch nicht vorhanden ist. Diese außenpolitischen Schwierigkeiten, die durch die Unterbrechung mit dem amerikanischen Vorkämpfer Edge den deutschen Regierungskreisen mit voller Schärfe deutlich geworden sind, haben auch die schon vorher beachtete Fühlungnahme zwischen Brüning, Groener und Hitler bestärkt. Sie sollte zwar ursprünglich nur der Ausdrucksweise über eine Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten dienen. Diese Frage hängt aber so sehr mit der außenpolitischen Stellungnahme der Reichsregierung zusammen, daß ohne eine deutliche Entscheidung in dieser Richtung über eine Zustimmung der Nationalsozialisten zu einer Verlän-

Um die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs. Wann soll der Reichstag einberufen werden?

* Berlin. Der für den kommenden Dienstag vormittag angesetzte Sitzung des Reichstages des Reichstages steht man jetzt mit größtem Interesse entgegen, da es sich nicht mehr allein um die Erledigung des kommunalistischen Antrages auf sofortige Einberufung des Reichstages handelt. Während sich die Reichsregierung bisher noch in tiefes Schweigen hüllte, ist gleichwohl anzunehmen, daß die gestrige Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister einerseits und dem Führer der NSDAP, Adolf Hitler andererseits u. a. der Frage einer möglichen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg galt. Auf jeden Fall wird in der Sitzung des Reichstages die Frage der Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg die Frage der Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs münden von einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Es ist anzunehmen, daß angesichts dieser neuen Sachlage mindestens die Fraktionsvorsitze der einzelnen Parteien sich noch vor der Reichstagsitzung versammeln werden, da es kaum möglich sein wird, bis dahin die Reichstagsfraktionen selbst einzuberufen. Nur die deutschnationale Reichstagsfraktion hält bereits am Sonnabend dieser Woche eine schon vor längerer Zeit einberufene Sitzung ab. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt voraussichtlich am Montag zusammen. Die sozialdemokratischen Parteiführer lehnen vorläufig eine klare Stellungnahme zur Frage der Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ab und verweisen auf die Entscheidung der Fraktionsführer. Nach den Ausführungen des rheinischen sozialdemokratischen Blattes, dessen Chefredakteur der Reichstagsabgeordnete Sellmann ist, der ebenfalls dem Fraktionsvorsitz der SPD angehört, ist aber anzunehmen, daß die SPD einer kurzen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten unter Umständen zustimmen würde.

Wegen der Kürze der Zeit ist es nicht ausgeschlossen, daß die entscheidende Sitzung des Reichstages noch um einige Tage verschoben und möglicherweise am Montag nur über den kommunalistischen Antrag entschieden wird. Der Reichstagsrat wird sich, wie berichtet, auch weiterhin mit der Anregung des christlich-sozialen Volksbundes zu befassen haben, daß der Reichstag noch vor Beginn der internationalen Konferenz eine von sämtlichen Parteien getragene Rundgebung zur Tributzfrage beschließen möge.

Hitlers Vorbehalt.

* Berlin. Die Besprechung, die Adolf Hitler bereits am Mittwoch mit Reichsinnenminister Groener gehabt hat, ist bis Donnerstag abend geheimgehalten worden. Der Besuch zu dieser Unterredung geht von Groener als dem für Verfassungsfragen zuständigen Reichsinnenminister aus. Die gestrige Besprechung, an der auch der Reichskanzler teilnahm, fand gleichfalls im Reichsinnenministerium statt und dauerte von 16 Uhr bis 17.30 Uhr. Um 17.30 Uhr begab sich der Reichskanzler zurück in die Reichskanzlei, zu der dort zu diesem Zeitpunkt angesetzte Konferenz mit den nach Berlin berufenen deutschen Vorkämpfern. Die Unterredungen wurden, wie von beteiligter Seite verlautet wird, in durchaus freundschaftlicher Form geführt. In Kreisen der Nationalsozialisten sah man in ihnen die Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht vorübergehen könne, zumal eine so wichtige Frage wie die in den Besprechungen angeschnittene ohne die NSDAP nicht zu entscheiden sei. In unterrichteten Kreisen unterstreicht man ferner den von dem Parteiführer der NSDAP, für seine Stellungnahme gemachten Vorbehalt einer vorübergehenden Fühlungnahme mit den übrigen Parteien der nationalen Opposition. Man glaubt auch in nationalsozialistischen Kreisen, daß die NSDAP bezüglich der Wahlen nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich bestimmte Zusagen erwarde, die es ihnen ermöglichen würden, sich zur Entscheidung der Frage einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten aktiv einzusetzen zu lassen.

gerung der Amtszeit Hindenburgs nicht gesprochen werden konnte. Die Fühlungnahme mit Hitler wird deshalb als ein deutlicher Beweis für den ungemainen Ernst der Lage und für die Schwere der kommenden Konferenzverhandlungen angesehen. Welche innenpolitischen Wirkungen daraus hervorgehen, ist allerdings im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu übersehen.

Wiedertwahl des anhaltischen Ministerpräsidenten.

Dessau. (Funkspruch.) In der heutigen Landtagsitzung wurde der Ministerpräsident Veit mit den Stimmen der Linken wiedergewählt. Die Rechte hat bereits einen neuen Ministerkandidaten gegen das Staatsministerium gestellt.

Eine sozialdemokratische Stimme.

* Berlin. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ schreibt in ihrem heutigen „Beitrag“ über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch den Reichstag vor. Wir halten es als selbstverständlich, daß ein solcher Versuch gemacht werden muß, wenn der Reichspräsident sich bereit erklären soll, einem solchen Auk der Volkswertung Folge zu leisten. Dabei wird man bei dem hohen Alter des Staatsoberhauptes wohl nicht an weitere sieben Jahre denken, sondern an eine kurz bemessene Frist, die mindestens einen gewissen Abschluß der internationalen Tributverhandlungen ermöglicht, ehe das Volk zur Präsidentenwahl aufgerufen wird. Die Verlängerung der Amtszeit durch den Reichstag ist nur möglich, wenn zwei Drittel des Parlaments einem solchen Vorschlag zustimmen. Praktisch bedeutet das, daß sich eine Mehrheit von Hitler bis Rosenfeld finden müßte, sofern das Haus voll besetzt ist. Da die Kommunisten lieber einen falschen Staatspräsidenten an der Spitze des Staates sehen, oder doch so tun, als den zweifellos verfassungstreuen Herrn v. Hindenburg oder gar einen überzeugten Republikaner, fallen sie bei jedem Versuch, eine parlamentarische Mehrheit zu bilden, aus. In die Verhandlungen der Regierung müßten also die Deutschen und zur Eiderheit wohl auch die Nationalsozialisten eingeschlossen werden.

Die Reichstagsfraktionen zur Reichspräsidentenfrage.

von Berlin. (Funkspruch.) Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich auch mit den Verhandlungen der Regierung für eine etwaige Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigte. Die das Nachrichtenbüro des Vds. erfährt, erklärte der Fraktionsvorsitzende, Abg. Kollath, unter allgemeiner Zustimmung, die Wirtschaftspartei würde es im außen- und innenpolitischen Interesse des Reiches begrüßen, wenn die Bemühungen des Reichskanzlers in dieser Frage Erfolg hätten. Sie wird in ihrem Teile alle Schritte unterziehen, die zu dem Erlaß führen können, daß dem Reich die in der letzten kritischen Zeit besonders wertvolle Führung durch den Reichspräsidenten von Hindenburg erhalten bleibt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei, deren Fraktionsführung für Sonnabend einberufen ist, wird gleichfalls zu den Verhandlungen des Reichskanzlers in der Reichspräsidentenfrage Stellung nehmen. Der Parteiführer Dr. Eugenberg ist auf dem Wege nach Berlin.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird voraussichtlich in der nächsten Woche eine Sitzung abhalten, in der der Fraktionsvorsitz über die Besprechungen mit dem Reichskanzler berichten wird. Es ist sicher damit zu rechnen, daß die Fraktion sich mit einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, daß daran von anderen Parteien keine Bedingungen geknüpft werden, beziehungsweise daß die Reichsregierung zur Erreichung dieses Zieles keine politischen Bindungen anderen Parteien gegenüber eingeht. Die Reichstagsfraktion der bayerischen Volkspartei ist für Dienstag nächster Woche zu einer Sitzung nach dem Reichstag einberufen worden. Die Fraktion wird sich dabei auch mit den Bemühungen des Reichskanzlers um Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten von Hindenburg beschäftigen.

Die für Dienstag angesetzte Reichstagsitzung wird auf jeden Fall stattfinden. Es ist jedoch möglich, daß in dieser Sitzung noch keine Entscheidung über die Einberufung des Reichstages fällt, weil die Vorverhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Abtritt der japanischen Regierung.

Tokio. (Funkspruch.) Der Ministerpräsident hat die Demission des Kabinetts eingereicht. Das Kabinett Junkei hatte die Regierung am 18. Dezember v. J., also vor knapp einem Monat, übernommen.

Der „Angriff“ verboten.

Berlin. (Funkspruch.) Der nationalsozialistische „Angriff“ ist heute vom Polizeipräsidenten auf 7 Tage verboten worden wegen 2 in der gestrigen Nummer erschienener Artikel, in denen eine Verächtlichmachung der Jüdischen und eine Gerabwürdigung der jüdischen Religionsgemeinschaft erbildet wird.